

zwungen wurde oder, wo sie noch besteht, gezwungen werden wird. Anders ausgedrückt: Wenn man die heutige politische Wirklichkeit ins Auge faßt, ist die Frage „Kirche und Staat“ nebensächlich geworden vor dem weit bedeutsameren Problem: „Kirche und Gesellschaft“: ist doch die Staats-Regierung im demokratischen Staat nur mehr ausführendes Organ der gesellschaftlichen Kräfte.

Zur Vervollständigung seiner Beweisführung untersucht Murray noch die Gründe, die Leo XIII., ungeachtet seiner „demokratischen“ Staatslehre, dazu bewogen haben, den konfessionell-katholischen Staat zu billigen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Notwendigkeit der Abwehr gegen die laizistisch-liberalistische Perversion der Demokratie hierfür ausschlaggebend war, davon abgesehen, daß der Papst erst auf der Schwelle der neuen Zeit stand. Das konfessionelle Prinzip ist nach Murray

die kirchenpolitische Ausdrucksform des „regnum“, mit der Folge, daß die dadurch gewährleistete „religiöse Einheit der Nation“ als ein wesentliches Moment jener Staatsform auch von deren geschichtlichen Gegnern bekämpft werden mußte. Diese Einheit bildete den Gegenstand des Anstoßes für Liberalismus und Revolution. In die konkrete Entscheidung zwischen diesen Gegensätzen gezwungen, wählte Leo XIII. die Partei des konfessionellen Staates, während er außerhalb dieser Polemik und über sie konstruktiv hinausschreitend den Grund zu einer neuen kirchlichen Praxis und Doktrin legte, die eine zeitgemäße Weiterführung der uralten durch Gelasius niedergelegten Tradition ist und die in moderner, dynamischer Weise die mittelalterliche statische Einheit der Christenheit verwirklicht: als Einheit des christlichen und bürgerlichen Gewissens. Civis idem et Christianus.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen

In Frankreich haben in der letzten Zeit die Geschehnisse um einen jungen Mann, der sich geweigert hat, der Einberufung zum Militärdienst Folge zu leisten, ein außerordentliches und weit über den Fall hinausgehendes Aufsehen erregt, und das ganze Problem des einzelnen und seines Gewissens gegenüber dem Krieg und der modernen Kriegsführung ist dadurch einmal wieder in aller Öffentlichkeit, und zwar weit über die Grenzen Frankreichs hinaus, gestellt worden. Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen hat es seit Bestehen der allgemeinen Wehrpflicht immer wieder gegeben, und in manchen Ländern bestehen für sie besondere gesetzliche Regelungen, so daß sie anstelle des Militärdienstes einen Zivildienst ableisten können; solche Regelungen gibt es z. B. in den Vereinigten Staaten, in England, Kanada, Holland, Australien, Neuseeland und in den skandinavischen Ländern. Vor 1939 bestand eine solche Regelung merkwürdigerweise auch in der Sowjet-Union; was seither aus ihr geworden ist, wissen wir nicht. In Frankreich gibt es jedoch bisher keine gesetzliche Regelung für solche Fälle, und für den beharrlichen Kriegsdienstverweigerer spielt sich das Leben bis zu seinem 49. Lebensjahr, der militärischen Altersgrenze, folgendermaßen ab: er wird einberufen, weigert sich einzurücken und wird mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Kaum ist er aus dem Gefängnis wieder entlassen, so wird er neuerdings einberufen, weigert sich einzurücken und wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, usw.

Die französische Öffentlichkeit ist sich im ganzen einig darüber, daß für solche Menschen, denen wirklich ihr innerstes Gewissen verbietet, durch die Teilnahme an der militärischen Ausbildung gleichsam eine Zustimmung zur Kriegsführung als Regelung internationaler Differenzen zu geben, ein besonderes Statut erlassen und ein ziviler Ersatzdienst eingeführt werden müsse. Damit würde Frankreich an die Seite der meisten anderen demokratischen Länder treten, die die Gewissensfreiheit auch auf diesen Bereich ausdehnen.

Aber in Wahrheit ist das Problem damit nicht gelöst. Denn es gibt ja heute hundert andere Weisen neben dem Militärdienst, am Krieg, seiner Vorbereitung oder seiner Durchführung mitzuwirken.

Die Tatsachen

Der besondere Fall, der diesmal die Auseinandersetzung über das Problem Krieg und Gewissen ins Rollen gebracht hat, ist folgender:

Jean-Bernard Moreau, der 1928 in Billom im Puy-de-Dôme geboren ist und nach Absolvierung der höheren Schule Student der Sozialen Hochschule in Paris war, wurde im November 1948 zum Militärdienst einberufen. Er schrieb darauf an den Minister für nationale Verteidigung, daß er aus religiösen Gründen sich weigere, die Uniform anzuziehen. Darauf wurde er verurteilt, jedoch am 16. Juli 1949 infolge einer allgemeinen Amnestie wieder freigelassen. Da er dem Minister für nationale Verteidigung sofort mitteilte, daß er bei einer neuen Einberufung sich wiederum weigern werde, dieser Folge zu leisten, wurde er kurz darauf von neuem verhaftet und in das Gefängnis Cherche-Midi in Paris eingeliefert. Einem Besucher erklärte er sein Verhalten mit folgenden Worten:

„Wie kann ein Christ, der von Liebe zu den andern be-seelt ist, die Waffen ergreifen, um seine Lebensform zu verteidigen? Wenn man andere Menschen tötet, tötet man dann nicht zu gleicher Zeit auch diese Liebe? In gewissen, von der Gewalt geschaffenen Situationen war es berechtigt, die Waffen zu ergreifen. So war die Widerstandsbewegung gegen die Deutschen berechtigt. Sie bedeutete den Kampf gegen ein Übel durch ein geringeres unvermeidbares Übel. Trotzdem blieb es ein Übel. Gegenwärtig hat der Krieg und also auch die Vorbereitung für den Krieg in Frankreich keinen Sinn mehr: der Friede ist unsere Pflicht. Wir müssen einen Friedensblock zwischen die aggressiven Blocks stellen. Und wenn sie aus unserem Lande ein Schlachtfeld machen wollen, dürfen wir nicht die Hand dazu reichen. Wenn jeder einzelne von denen, die den Frieden wollen, tatsächlich den Krieg, die Mittel

des Krieges zurückweist, dann wird sich nach und nach eine friedliebende Nation erheben . . ." (Bericht von R.-C. Chartier in „La Vie Intellectuelle“, Oktober 1949).

Resonanz

Infolge dieses Geschehnisses, und da es auch einige andere ernst zu nehmende Fälle von Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Frankreich gibt, so der von César Bugany, von dem wir schon in der Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 8, S. 374 berichtet haben, konnte es nicht überraschen, daß die Frage eines Statutes für solche Fälle und eines zivilen Ersatzdienstes unter den mit dem Fall betrauten Richtern und hohen Politikern wieder erörtert wurde. Am 2. August richteten sogar einige Mitglieder des englischen Abgeordnetenhauses eine Eingabe an Präsident Auriol, in dem sie Bezug nahmen auf eine Eingabe, die sie im Februar für César Bugany gemacht hatten, und in dem sie nun für Jean-Bernard Moreau Fürbitte einlegten und den Erlaß eines Statuts für solche Fälle in Frankreich dem Präsidenten der Republik ans Herz legten (abgedruckt in „Témoignage Chrétien“, 14. Oktober 1949). Der Verteidiger von Moreau, Advokat Nez, richtete am 13. September an das Verteidigungsministerium einen Brief, in dem er, der bisher Kriegsdienstverweigerer für asoziale Elemente gehalten hatte, erklärt, Bugany, Moreau und zwei andere Kriegsdienstverweigerer hätten ihm die Augen darüber geöffnet, daß die reinste Gesinnung in dieser Weigerung zum Ausdruck kommen könne, daß diese jungen Leute gewillt seien, ihrem Land in jeder anderen Weise zu dienen, nur nicht durch Tötung ihrer Mitmenschen, und daß solchen jungen Menschen, die zu den edelsten der Nation gehörten, ein gesetzlicher Weg geöffnet werden müsse, der sie vor diesem Gewissenskonflikt bewahre. (Der Brief ist abgedruckt in „Témoignage Chrétien“, 14. Oktober 1949.) In der französischen Kammer wird sogleich nach ihrem Zusammentreten Abbé Pierre von der Mission de Paris und der Sozialist André Philip das Problem der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen aufrollen.

Wäre es nur das, so würde es sich um die Erörterung der gesetzlichen Regelung eines Problems der Gewissensfreiheit, d. h. eines der Menschenrechte, in den führenden Kreisen demokratischer Länder handeln. Aber eine andere Gruppe hat sich der Sache bemächtigt. Garry Davis, der Weltbürger, der die Bewegung des Weltbürgertums ins Leben gerufen hat (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 8, S. 373), hat hier eine jener gewaltlosen Demonstrationen eingeleitet, deren größter Lehrmeister Gandhi in Indien gewesen ist. Die Demonstration besteht darin, daß sich Garry Davis und dann seine Freunde und viele, die sich dem Beispiel anschlossen, immer wieder, einer nach dem andern, stumm zehn Minuten vor der Schwelle des Gefängnisses Cherche-Midi auf dem Boden niederließen, bis ein Polizist sie zur nächsten Polizeistation abführte. Zu denen, die sich eine kurze Weile vor dem Gefängnis niederließen und dann eine gewisse Zeit auf der Polizeistation zubringen mußten, gehören bekannte Namen aus der französischen Öffentlichkeit, so die protestantischen Pfarrer Theis und Roser, der Schriftsteller Frank Emmanuel, Daniel Parker, Professor Hammel und Pierre Martin (Bericht in „Réforme“, 8. Oktober 1949). Es ist klar, daß Garry Davis und seine Freunde durch diese gewaltlose Demonstration die Regierung dazu drängen wollten, den Erlaß eines Statuts für die Kriegsdienstverweigerer

aus Gewissensgründen zu beschleunigen und den jungen Gefangenen wieder in die Freiheit zu helfen, auf die sie in einem demokratischen Lande Anspruch haben, solange sie nichts Böses getan haben. Es ist aber auch klar, daß sich der Sinn dieser Aktion der Bewegung der Weltbürger und Freunde der Gewaltlosigkeit nicht in diesem nahen Ziel erschöpft. Sie soll vielmehr einen Protest gegen den Krieg überhaupt darstellen, dessen Gespenst nicht vom Horizont unserer Zeit verschwinden will.

Das eigentliche Problem

Sowohl die Wochenzeitschrift der französischen Protestanten, „Réforme“, wie auch die katholische Wochenzeitschrift „Témoignage Chrétien“, die zu den lebendigsten Stimmen des französischen Katholizismus gehört, haben sich eingehend mit dem Problem auseinandergesetzt, das durch den Fall Jean-Bernard Moreau wieder einmal aufgeworfen worden ist. Wir wissen, daß die verschiedensten protestantischen Kirchen im Laufe der letzten 15 Jahre Erklärungen abgegeben haben über das Verhältnis des Christen zum Krieg und daß diese Frage auch auf der Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam im vorigen Jahre behandelt worden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 5, S. 235). „Réforme“ betont in ihrer Nummer vom 8. Oktober noch einmal, daß diese Frage die Kirchen angehe. Wenn sie immer wieder die Verheißungen wiederholen, die den Sanftmütigen und Friedfertigen gegeben worden sind, können sie sich da ohne weiteres mit der äußersten Gewalttätigkeit, die ein Krieg darstellt, abfinden? Kann es genug sein, daß sie hinterher den Opfern zu Hilfe kommen? Daß man sie auffordert, an den nationalen Ehrungen derer, die „fromm fürs Vaterland gestorben sind“, teilzunehmen? Die Reformierte Kirche Frankreichs hat auf ihrer Synode vom 29. bis 31. Mai 1948 erklärt:

„Wir können das Problem der Gewaltanwendung nicht ganz allgemein und abstrakt lösen; aber wir stellen fest, daß der Krieg immer eine Äußerung der Sündhaftigkeit der Menschen ist und das Versagen ihrer Gerechtigkeit darstellt.“

„Wir erklären, die volle Gemeinschaft der Kirche mit jenen unserer Glieder aufrechtzuerhalten, die jede Anwendung von Gewalt ablehnen.“

„Réforme“ sagt, daß die Frage, die der Kirche heute gestellt sei, weitergehe, daß sie nämlich bedeute, ob die Kirche bereit wäre, ihre Gläubigen von jedem Gehorsam gegenüber einer Regierung zu entbinden, die sie dazu zwingen wolle, die Waffen zu ergreifen, und ob sie diesen Ungehorsam gegenüber den Menschen als einen Gehorsam gegenüber Gott betrachten könne. Wenn die Kirche noch irgend welche Macht und Autorität hätte, könnte eine solche Entscheidung auf der Waage der Geschichte schwerer wiegen als das ganze Geheimnis der Atomwaffen. Oder, so fragt Réforme, würde die Kirche vielleicht gerade durch eine solche Entscheidung jene Macht und Autorität gewinnen?

„Témoignage Chrétien“, die katholische Wochenzeitschrift, packt die Frage auf eine andere, auf eine konkretere Weise an. In ihrer Nummer vom 14. Oktober wird das Problem eines Statuts für die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen ausführlich erörtert und, wie schon erwähnt, eine Anzahl von Dokumenten beigebracht. Um unser Gewissen wirklich wachzurütteln, erklärt der Verfasser des Artikels über das Problem der Kriegsdienst-

verweigerung, Jean Mauduit, zuerst, — und er will damit schockieren — er gehöre nicht zu den Kriegsdienstverweigerern. Aber aus welchem Grund? Nicht, weil er Krieg noch irgendwie als ein gerechtfertigtes Mittel in den Auseinandersetzungen der Geschichte ansehen würde, sondern im Gegenteil, weil er den modernen Krieg als etwas begreift, das weit über die Aktionen des Militärs hinausgreift. „Die Sterbenden zurückholen, die fliegenden Bomben bekämpfen, sich für gesetzmäßige medizinische Versuche zur Verfügung stellen, das bedeutet immer noch am Werk des Krieges teilnehmen. Alles ist miteinander verbunden. Das gerade ist die große Entdeckung unserer Zeit: diese entsetzliche Verbundenheit im Verbrechen. Wenn ich mich weigere, die Waffen zu tragen, wenn ich mich begnüge, die Verwundeten auf dem Schlachtfeld zu pflegen, so bilde ich mir umsonst ein, mein Gewissen zu erleichtern. Denn ich stelle damit einen anderen Mann von dieser Aufgabe frei, den man nun wirksam als Soldat einsetzen wird. Was ich auch tue, sobald ich nur überhaupt bereit bin, etwas zu tun, und wäre es auch die bescheidenste Erdarbeit, so bin ich schon ein Komplize. Ich töte nicht mehr mit meinen Händen; ich begnüge mich damit, durch Mittelpersonen zu töten. Alles ist miteinander verbunden. Wer den Ausdruck ‚totaler Krieg‘ erfunden hat, ahnte vielleicht nicht die furchtbare Wahrheit, die er damit bezeichnete. Die Zeiten sind vorbei, wo es jedem gestattet war, sich vermittels gewisser Opfer den Luxus eines guten Gewissens zu leisten.“

„Témoignage Chrétien“ hält darum ein Statut für die Kriegsdienstverweigerer zwar für dringend notwendig, warnt aber davor, seinen Wert zu überschätzen. Das Gewissen dürfte sich nicht dabei beruhigen. Das christliche Gewissen kann nicht ruhig sein in einer Welt, in der es Krieg überhaupt noch gibt. Es wäre erst ruhig, wenn es keine Kriegsdienstverweigerer mehr gäbe, weil es auch keinen Krieg mehr gibt.

Dieses Ziel läßt sich nicht erreichen, indem man sich nur auflehnt gegen die äußerste Erscheinungsform des Krieges, das Töten. Krieg kann nur dann wirklich abgeschafft werden, wenn die Gründe zum Kriege bekämpft werden, und das sind das Elend, die Ungerechtigkeiten, die Tyrannei des Geldes und die Willkür einer Gesellschaft, in der eine kleine Zahl über das Schicksal der Massen befiehlt; doch ist auch der Machtwille eines atheistischen Kollektivismus ebenso verhängnisvoll für den Frieden wie der Nationalsozialismus, und die Schrecken der totalitären Staaten sind es gleicherweise. Kriegsdienstverweigerung ist ein passives Verhalten, und das genügt nicht. Um den Krieg zu bekämpfen, muß im Namen der Gerechtigkeit aus aller Kraft zur Heilung all dieser Wunden beigetragen werden.

„Témoignage Chrétien“ teilt außerdem eine sehr beachtenswerte Tatsache mit, daß nämlich militärische Kreise sich lebhaft zugunsten eines Statuts für Kriegsdienstverweigerer aussprechen, weil auf diese Weise der Geist der Truppe von zersetzenden Elementen freigehalten wird.

Übervölkerung der Erde, Hunger und Krieg

Wir haben in unserem Augustheft (Seite 516 ff) in dem Aufsatz „Es sollen Menschen sterben, damit wir leben können“ von den extremen und grotesken Vorschlägen

berichtet, die der Amerikaner William Vogt vorgebracht hat, um dem Problem der Übervölkerung der Erde mit all ihren grausamen Folgen entgegenzutreten. Vogt, ein entschiedener Vertreter der neomalthusianischen Richtung, meint, das einzige Mittel, um die wachsende Bevölkerung der Erde vor ständigem Hunger und durch diesen verursachten Kriegen zu bewahren, bestehe in einer strengen und gründlichen Geburtenregelung.

Wir haben auch berichtet von den Gegenargumenten des englischen Katholiken Christopher Hollis, der vor allem die Ausgangsbehauptung Vogts zurückwies, daß nämlich die Erde ihre menschlichen Bewohner nicht ernähren könne.

Die Frage, wie die Erde die ständig stark zunehmende Menschheit sättigen soll, ist in der Tat eines der wichtigsten Probleme für die menschliche Zukunft, und als solches wird es heute von vielen verantwortungsbewußten Menschen studiert. Es gehört zweifellos in den weiten Rahmen der „sozialen Fragen“, und wie alle sozialen Fragen hat es zwar eine Seite, in der es sich nur um möglich und unmöglich handelt, doch auch eine andere, die sich an das menschliche Gewissen wendet. Es ist darum ein Problem, mit dem sich auch der Christ als Christ befassen muß.

So hat denn auch die der Herder-Korrespondenz wohlbekannte französische Gruppe „Economie et Humanisme“ das neueste Heft ihrer Zeitschrift (die übrigens seit dem Beginn dieses Jahres ihren Namen gewechselt hat und jetzt als Vierteljahresschrift unter dem Titel „Idées et Forces“ erscheint) diesem Problem gewidmet. Es fällt ganz besonders unter ihre Kompetenz, da es ja ihr Anliegen ist, den Einsatz des gläubigen Christen durch eine sehr genaue statistische Feststellung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse auf die tatsächliche Wirklichkeit zu beziehen und dadurch erst wirksam und den Forderungen des Evangeliums wahrhaft entsprechend zu machen.

Die Frage des christlichen Gewissens lautet: Geschieht wirklich alles, was geschehen kann, um den Hunger, unter dem die Hälfte der Menschheit leidet, zu beseitigen? Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn man genau weiß, wie es sich mit der Bevölkerungszunahme und wie mit der Ertragsfähigkeit der Erde wirklich verhält. Die Umriss der bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Frage liefert in diesem Heft von „Idées et Forces“ der Brasilianer Josué de Castro, dessen Aufsatz die Überschrift hat: „Der Hunger in der Welt und der Neomalthusianismus“.

Neomalthusianische Thesen

Wir deuten in kurzen Zügen noch einmal die Lehre des englischen Nationalökonom Thomas Malthus aus dem Jahr 1798 über das Verhältnis von Bevölkerungs- und Produktionszunahme an. Malthus stellte die Behauptung auf, die Bevölkerung der Erde wachse im Verhältnis einer geometrischen Reihe, die Produktion dagegen nur im Verhältnis einer arithmetischen Reihe. Daher werde die Erde unvermeidlicherweise dem Hunger und dem Elend verfallen. Es gebe keine Möglichkeit, die Produktion über gewisse Grenzen hinaus zu steigern; das einzige Heilmittel bestehe also darin, die natürliche Zunahme der Bevölkerung zurückzuhalten. Diese Ideen sind von den Neomalthusianern der Gegenwart, ganz besonders in den Vereinigten Staaten, heute wieder aufgenommen